



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

Mannheimer General-Anzeiger. 1916-1924 1920

176 (23.4.1920) Mittags-Ausgabe

[urn:nbn:de:bsz:mh40-190992](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-190992)

Mannheimer General-Anzeiger

Wannheimer General-Anzeiger, Freitag, 23. April, 1920. Preis 1.20 M. für den Abnehmer. In den Provinzen 1.50 M. für den Abnehmer. In den Provinzen 1.50 M. für den Abnehmer. In den Provinzen 1.50 M. für den Abnehmer.

Badische Neueste Nachrichten

Anzeigenpreise: Bei den Tagesausgaben 1.20 M. pro Zeile und 100 M. pro Monat. Bei den Sonntagsausgaben 1.50 M. pro Zeile und 150 M. pro Monat. Bei den Wochenendausgaben 1.20 M. pro Zeile und 120 M. pro Monat.

Die Konferenz von San Remo.

Die deutsche Forderung nach einem Heer von 200 000 Mann.

San Remo, 22. April. (WB.) Die deutsche Note, welche die Forderung nach einer Armee von 200 000 Mann stellt, hat in Konferenzkreisen lebhaften Eindruck gemacht. Es scheint, daß sie ohne Überraschung und auf englischer und italienischer Seite sogar mit einem gewissen Wohlwollen aufgenommen wurde. Auf französischer Seite behält man sich die Bildung einer Meinung vor bis zur Prüfung dieser Frage durch die Konferenz. Es möge sein, daß die bolschewistische Gefahr eine Vermehrung des deutschen Heeres nötig mache, das allerdings schon zahlreicher sei, als es sein solle. Nach dem militärischen Staatsrecht Kapp's könne aber Frankreich gegen eine Verletzung der deutschen Armees Bedenken hegen. Wenn der Volkswissenschaftler fürchten sei, so sei es der Militarismus nicht weniger. Wenn der Friedensvertrag daher die von Deutschland gewünschte Änderung erfahren sollte, erscheine es gerechtfertigt, daß Frankreich genügende Garantien erhält gegenüber jedem Versuch einer militärischen Revanche. Die deutsche Note wird den Regierungschefs Anlaß geben, das ganze Problem der Entwaffnung Deutschlands zu besprechen.

Berlin, 22. April. (WB.) Wie wir erfahren, bestätigt es sich, daß dem Präsidenten der Friedenskommission eine Denkschrift übergeben worden ist, die sich mit der Stärke des uns nach dem Friedensvertrage verbleibenden Heeres beschäftigt. Die Frage der Beibehaltung des Großen Generalstabes ist in dieser Denkschrift nicht berührt worden.

Die Meinungsverschiedenheiten sind ernst.

Paris, 22. April. (WB.) Der Sonderberichterstatter des Journal des Debats in San Remo meldet, daß die deutsche Angelegenheit schon den Gegenstand besonders arbeitsreicher Verhandlungen zwischen den Ministerpräsidenten gebildet hätte. Die Meinungsverschiedenheiten seien ernst.

Seine Einladung an die deutsche Regierung.

Berlin, 23. April. (Priv.-Tel.) Zu der Meldung des „Mittagsblatts“ und Lloyd George hätten die Anwesenheit des deutschen Reichskanzlers in San Remo für wünschenswert erklärt, erfährt die „Post“ aus der Reichskanzlei, daß die deutsche Regierung von einem solchen Voranschlag amtlich keine Kenntnis erhalten habe.

Lloyd Georges Sieg in der türkischen Frage.

Newport, 23. April. (Priv.-Tel.) Der Vertreter des „Newport Herald“ in San Remo schreibt u. a.: Es liegt auf der Hand, daß Lloyd George veruche, alle Politik allererands zum Scheitern zu bringen, und er wird die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaus Deutschlands besonders hervorheben. Immerhin soll der britische Ministerpräsident seinem Vernehmen nach zu Zugeständnissen bereit sein und beabsichtigt, vorzuschlagen, unerschütterlich die von Deutschland zu leistende Entschädigung und Wiedergutmachung genau festzusetzen.

Lloyd George hat in der türkischen Frage gesiegt. Zunächst wird die finanzielle Seite der Türkei behandelt werden. England wird künftig auf Gallipoli, bei der Kontrolle der Meerenge militärisch eine besondere Rolle spielen. Der Vertreter der „Chicago Tribune“ meldet: Auf Grund finanzieller Bestimmungen des Vertrags mit der Türkei erhält Großbritannien das Recht, über die türkischen Abschnitte der Bagdadbahn frei zu verfügen. Frankreich, Italien und Griechenland erhalten einen ihrem Einfluß in dem Lande entsprechenden Anteil an der Eisenbahn. Dagegen bleibt die allgemeine Kontrolle in der Hand der Engländer. Für England hat Batum einen besonderen Wert in Anbetracht des englisch-persischen Vertrages und des starken Petroleumbedarfes der englischen Flotte. Ohne die Kontrolle der Petroleumlager von Batum wären die Engländer fast ausschließlich auf die Petroleumquellen in Mexiko angewiesen, zu denen die Vereinigten Staaten ihnen den Zugang jederzeit sperren können.

San Remo, 23. April. (Priv.-Tel.) In Kreisen, die der Konferenz nahestehen, wird inbezug auf die finanziellen Bestimmungen mit der Türkei versichert, der Oberste Rat habe die Schaffung eines Kontrollausschusses beschlossen. Diese Kommission würde sich aus Mitgliedern zusammensetzen, die von der französischen, italienischen und britischen Regierung zu ernennen seien. Den Vorschlag wird abwechselnd je ein Vertreter dieser Großmächte führen. Das neu-schaffende Amt wird das gesamte finanzielle System der Türkei leiten. Die Schulden der alten Türkei werden die neu-schaffenen Staaten übernehmen.

Die Truppenstärke im Ruhrrevier.

Berlin, 22. April. (WB.) In einer von dem Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation in Berlin dem Präsidenten der Friedenskommission übergebenen Note ist darauf hingewiesen worden, daß infolge der bis zum 21. ds. durchgeführten Verminderung der Kopfstärke die Truppen in der 50 Kilometer-Zone die zulässige Zahl nicht mehr übersteigen und daß nur noch die Zahl der Verbände um 10 Infanteriebataillone und 10 Batterien überschritten ist. Die weitere Herabminderung der Verbände ist im gegenwärtigen Augenblick nicht anständig, da die Durchführung der polizeilichen Maßnahmen in den stark bevölkerten, dicht bei einander liegenden Ortschaften es besonders vorteilhaft erscheinen lassen. In neue Verbände zu verzeichnen. Unter diesen Umständen hat die deutsche Regierung gebeten, daß die zulässige Truppenzahl entsprechend früherer Anträge Deutschlands nach den

Köpfen bemessen werde. Sie muß hierbei mit besonderem Ernst und dem Bewußtsein der Verantwortung immer wieder darauf hinweisen, wie wichtig es ist, für Ruhe, Sicherheit und Ordnung in dem Gebiet einstehen zu können, das den Kern des deutschen industriellen Lebens bildet. Dem Vorsitzenden des internationalen Ueberwachungs Ausschusses für das Ruhrgebiet General Kallet ist außerdem eine genaue Uebersicht der Truppenverbände in der 50 Kilometer-Zone übergeben worden.

Berlin, 23. April. (Priv.-Tel.) Wie der „Berl. Votanz.“ aus den Bergisch-Märkischen Lande meldet, wird dort eine neue Spartakistenbewegung vorbereitet. Der Hauptort der Agitation ist gegenwärtig anscheinend Remscheid. Außerhalb würden auch in Wermelskirchen und Solingen umfangreiche Vorbereitungen für diese Zwecke getroffen.

Die europäische Gefahr.

Revolutionäre Unruhen in Oest.

Paris, 23. April. (Priv.-Tel.) In Oest haben am Sonntag abermals revolutionäre Kundgebungen stattgefunden, über die man nur dadurch etwas erfährt, daß der Minister des Innern von unterrichteter Seite einen genauen Bericht über die Vorgänge und über die gegen die Agitatoren eingeleiteten Maßnahmen eingefordert hat.

Bildung eines Schiedsgerichtshofs zwischen Deutschland und den Alliierten.

Berlin, 22. April. (WB.) Amtlich. Nach dem Artikel 304 des Friedensvertrages ist zwischen Deutschland und jeder der alliierten und assoziierten Mächte ein gemischter Gerichtshof zu bilden. Der Schiedsgerichtshof ist im wesentlichen zuständig für Streitigkeiten über Vorkriegsschulden, die nicht im Ausgleichsverfahren weiter befassen werden können. Für Streitigkeiten über Vorkriegsschulden, soweit nicht die Zuständigkeit der ordentlichen Gerichte der gegnerischen Länder begründet ist, für Entschädigungsforderungen von Angehörigen der alliierten und assoziierten Staaten an das Reich wegen eines von deutschen Kriegsmahnahmen betroffenen Privatrechtes und endlich für Bestimmungsstreitigkeiten auf dem Gebiete des gewerblichen Schutzes. Das Nähere ergibt sich aus den Bestimmungen der Abschnitte 3—7 Teil 10 des Friedensvertrages.

Ein solches Schiedsgericht hierfür wurde bisher nur zwischen Deutschland und Frankreich eingesetzt und besteht eintheilens aus vier Abteilungen, die mit je einem deutschen und einem französischen Richter und einem neutralen Vorsitzenden besetzt sind. Der Gerichtshof hat seinen Sitz und sein ständiges Büro in Paris, Avenue Malatoff 146. Ort und Zeit der Tagung der einzelnen Abteilungen sind nach dem Friedensvertrag von dem neutralen Vorsitzenden zu bestimmen. Ein Verfahren vor einem gemischten Gerichtshof ist nach dem Friedensvertrag von diesem selbst festzusetzen. Der deutsch-französische Schiedsgerichtshof erteilt eine sehr eingehende Prozedurordnung, die durch die Bekanntmachung des Reichsministers des Auswärtigen vom 17. Januar in Nr. 77 des R.-G.-Bl. ausgegeben am 20. April veröffentlicht wurde.

Von großer Wichtigkeit sind namentlich die Vorschriften der Prozedurordnung, durch die für die einzelnen Arten der Klageanträge bestimmte, verhältnismäßig kurz bemessene Ausschlussfristen festgesetzt sind, die größtenteils vom Tage der Veröffentlichung der Prozedurordnung laufen. Ferner ist noch darauf hinzuweisen, daß die deutsche Partei in Klage oder Klagebeantwortung die Zustellungsstelle in Paris zu bezeichnen hat. Als solche kann die deutsche Geschäftsstelle des Amtes für Privatgüter, -rechte und -interessen genannt werden. Die Adresse dieser Geschäftsstelle ist bis auf weiteres Paris de la Bourdonnais 50. Von besonderer Bedeutung ist nach der Prozedurordnung die Tätigkeit des sogenannten Stellvertreters, der gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages von jeder beteiligten Regierung bei einem gemischten Gerichtshof zu bestellen ist. Zum deutschen Stellvertreter bei dem deutsch-französischen Schiedsgerichtshof ist Ministerialdirektor a. D. Wirtl. Geh.-Rat beim Oberlandesgericht in Raumburg a. S. Dr. Johannes ernannt worden. Er wird seine Tätigkeit zunächst in Raumburg ausüben und ist in der Lage, über die einzelnen Fragen Auskunft zu erteilen.

Die Deutsche Volkspartei im Wahlkampf.

München, 23. April. (Priv.-Tel.) Die Deutsche Volkspartei (Nationalistische Partei) München nahm in ihrer letzten Versammlung den Bericht des Rechtsanwaltes Dahn über den Berliner Delegiertentag der Partei entgegen. Zu Beginn der zahlreich besuchten Versammlung wies der Vorsitzende, Kommerzienrat Jodlbauer, auf die für die Partei bisher erzielten und vielversprechenden, aber erwarteten Erfolge bei den Pfälzer Stadtratswahlen hin. Rechtsanwalt Dahn beschränkte sich dann in seinen Ausführungen auf die Wiedergabe der Ergebnisse des Parteitages. Er sagte u. a.:

Der Parlamentarismus, wie er sich im neuen Deutschland unter westlichen Einflüssen entwickelt hat, sei das Unglück des Vaterlandes geworden. Dieses System politischer Korruption und Schiebertums müsse durch den kommenden Wahlkampf beseitigt und ersetzt werden durch ein für unser Volk und seine besonderen Verhältnisse geeignetes System. Hauptgegner sei die „Demokratie“, die in national-bürgerlichem Kostentum aufstehe, die aber den Generalstreik aufgehen und damit das deutsche Volk, also auch den deutschen Arbeiter, an den Rand des Abwands geführt habe. Überall wächte die Erkenntnis, auch bei der Demokratie im engeren Sinne wie beim Zentrum. Zwischen der Deutschen Volkspartei und der Deutschen Nationalen Partei muß jeder Kampf vermieden werden. Die Reichsstellungen beider Parteien hätten in dieser Richtung Vorkehrungen getroffen. Wichtig sei die Reinigung des politischen Lebens mit eisernem Besen. Jedoch dürfe die Sozialdemokratie nicht in die Opposition um jeden Preis getrieben werden. In ihr sei, soweit sie überhaupt an verfassungsmäßigen Leben teilhat, das Bewußtsein der Miterantwortung zu mahnen. Ihre alleinige Pflicht, wie sie besteht, bestehe, müßte gebrochen, ihr jedoch die Verantwortung nach Aufgabe ihrer Stärke zugeschoben werden, gegen die sie sich

in Bayern sträube. Hinter ihr stehe nicht die Mehrheit des Volkes, sondern die aufgebehte und schreiende „Masse“.

Unsere Parole sei: Schwarz, weiß, rot, gegen Sozialnationalismus, gegen Materialismus. Wir wollen das Deutschland, das erbaut worden ist mit der Schöpfung Friedrichs des Großen, das Deutschland Bismarcks. Die ganze materialistische Lebensauffassung unserer Zeit müssen wir bekämpfen, auch in uns selbst. In der Schule müssen wieder Zucht und Ordnung und nationale Gesinnung einkehren. Die Mitarbeit der Religion sei dabei die Hauptsache. Im Wirtschaftsleben sei heute der Streik ein Verbrechen. An seine Stelle hätten obligatorische paritätische Schlichtungsausschüsse zu treten, deren Ergebnisse gegen gewissenlose Heher mit aller Kraft durchzusetzen seien. Wir wollen auch keine Klassenpolitik des Bürgerturns. Die Mängel des Parlamentarismus seien zu korrigieren durch eine von Parteipolitik unbeeinflusste Arbeitskammer.

Die planvolle Gesamtaufhebung der Zwangswirtschaft verspreche Gelubung, auch wenn sie in oberflächlicher Urteil zunächst als gefährlich erscheine. Im Nationalen sei der Aufbau alles Zerfallenen zu fördern, so vor allem die Erziehung unserer Wehrmacht durch eine allgemeine Dienstpflicht an Stelle der allgemeinen Wehrpflicht von einst. Die Einheit Deutschlands sei unter allen Umständen ausreide zu erhalten.

In der auswärtigen Politik stehe oberan die Förderung noch Revision des Versailler Schmachfriedens. Unsere Diplomaten müßten befähigt sein, jede günstige Konjunktur zu erkennen und auszunutzen. Der Hauptfeind sei das unerschütterliche Frankreich mit seinem jüdischen Haß, mit seinem fränkischen und unfähigen Nationalismus. Für uns beste immer und überall „Deutschland, Deutschland über alles“. Lebhafter Beifall klang dem Redner.

Die erste große Versammlung des Wahlkampfes wird bestritten durch Geheimrat Kahl, dem vorkriegswürdigen Führer der Fraktion in der Reichstagsversammlung. Der glänzende Redner und unermüdete Arbeiter, der auch die Formulare der Wähler studiert und sich bereit erklärt hat, eine Reichstagskandidatur für München anzunehmen.

Sozialdemokratische Reichskonferenz.

Berlin, 23. April. (Von unj. Berl. Büro.) Als einziger Punkt auf der Tagesordnung der sozialdemokratischen Reichskonferenz, die am 5. und 6. Mai in Berlin tagen soll, steht „Die politische Lage und die bevorstehenden Reichstagswahlen“. Das Referat hat Herr Philipp Scheidemann.

Die Handlungsgehilfen und die Sozialdemokratie.

Aus den Kreisen des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes geht uns eine politische Kundgebung zu, die lebhaft Klage darüber führt, daß die Sozialdemokratie die Macht einseitig in ihrem Parte und Masseninteresse ausnütze:

Uns Handlungsgehilfen interessiert in erster Linie natürlich das Ministerium, in dem die sozialpolitische Gesetzgebung bearbeitet wird: das Arbeitsministerium. Vom ersten Tage an, seitdem die Sozialdemokratie das Ministerium besetzt, befinden wir uns mit ihm in weit härterem Gegensatz, als je unter einem bürgerlichen Minister zur Zeit des alten Regimes. Wir wissen von vorn herein, daß wir es mit einem durchaus übermüden Minister zu tun haben, der seine Macht rücksichtslos ausnützt, um alles zu verhindern, was wir wollen, und ferner alles zu tun, was wir bekämpfen; kurz: der sozialdemokratische Arbeitsminister ist unser schlimmster Feind, gegen dessen Anschläge wir ständig auf der Hut sein müssen. Dabei ist es ganz gleichgültig, welche Person gerade den Posten besetzt. Ob er Bauer, Schilde, Schmidt oder sonst wie heißt oder heißen wird; solange er von den sozialdemokratischen Parteien gestellt wird, können wir auf keine Besserung in der Gestaltung uns gegenüber hoffen, denn die Zeit, daß Minister sich als Diener des ganzen Volkes fühlen, scheint mit dem neuen Regime, wenigstens bei den sozialdemokratischen Ministern vorüber zu sein. Sie sind nur die Diener ihrer Partei und Klasse und haben allein deren Vorteil wahrzunehmen. Wir kämpfen darum nicht gegen Personen, sondern gegen das ganze unflüchtige System, das in der Haltung des Arbeitsministeriums dauernd zum Ausdruck kommt.

Diese Anklagen werden dann begründet mit Ausführungen über die berichtigten Verordnungen gegen die Krankenkasse der Angestellten, über das Betriebsratsgesetz, über die Versicherung der Angestellten usw. Es wird da u. a. gesagt:

Bestand also seit Einsetzung der neuen Regierung die sozialpolitische Tätigkeit der Angestelltenverbände in der Hauptsache aus dem Abwehr sozialdemokratischer Raub- und Wuchsgelüste, so sind andererseits ihre Versuche, auch nur einmal positive Fortschritte auf dem Gebiet der Angestelltensozialgesetz zu erreichen, ständig an dem übermächtigen und passiven Widerstand der sozialdemokratischen Minister gescheitert.

Der Haupt- und Entscheidungspunkt aber steht unmittelbar bevor. Der Herr Arbeitsminister hat einen Erlaß an das Direktorium der Angestellten-Versicherung herausgegeben, worin diesem auferlegt wird, alle Beschlüsse zu vermeiden, deren Ausführung für eine spätere Verschmelzung der Angestelltenversicherung mit der Arbeiterversicherung hinderlich sei. Zu diesem Erlaß führt der Auffaß der Deutschnationalen Handlungsgehilfen aus:

Ein neuer Ausbruch auf die Lachen der Angestellten steht bevor. Die Landesversicherungsanstalten der Invalidenversicherung haben schlechte Vermögensverhältnisse. Die Angestelltenversicherung steht finanziell gut da. Da lohnt es sich wieder einmal! — Die Ersparnisse der Angestellten sollen in die Taschen der gewerblichen Arbeiter hinübergeleitet werden! Das nennt man dann heuchlerisch „Die Vereinheitlichung der Sozialversicherung“. Ueberall, wo die Angestellten mit den Arbeitern in einem sozialen Zwangsversicherungskörper vereinigt waren, haben die Angestellten mit der dort in den meisten Fällen bestehenden sozialdemokratischen Arbeitermehrheit die allererschlechtesten Erfahrungen gemacht. Wir brauchen nur an die Ortskrankenkassen zu denken. Warum gehen die Angestellten lieber in die Ersparnisse? — Weil sie dort nicht allein besser, sondern auch erheblich billiger versichert sind. Die Ortskrankenkassen sind zum großen Teile nichts weiter wie sozialdemokratische Parteibetriebe, in denen die Parteibonzen und Agitatoren von den Versicherten bezahlt werden müssen. Die Versicherungsleistungen werden ausschließlich nach dem Bedürfnis der gewerblichen Arbeiter gestaltet, und diese allein haben Verwaltung und Kasse in Händen. Die Angestellten können zahlen und den Mund halten.

Genau so aber noch schlimmer steht es in der Invalidenversicherung aus der Invaliditätsbeschaff der Invalidenversicherung ist für die Angestellten ganz unbrauchbar. Wir müssen den Berufs-Invaliditätsbeschaff haben. Will man aber diesen für die ganz Invalidenversicherung einführen, so föhrt es ungefähr die dreifachen Beiträge gegenüber den bisherigen Beträgen der Invalidenversicherung. Das liegt daran, daß das Berufs-Invaliditätsrisiko der gewerblichen Arbeiter erheblich größer ist, wie das der Angestellten.

Roch fürster ist das Verhältnis im Risiko in der Alters- und Hinterlassenen-Versicherung. In den Berechnungen der amtlichen Begründung für das Angestellten-Versicherungsgesetz ist das zweifelsfrei nachgewiesen. Die Angestellten allein können eine bezügliche Versicherung für sich auf sich nehmen, denn ihr Berufsrisiko ist eben mit ganz anderem Maßstab zu messen als das der gewerblichen Arbeiter; wörtlich man sie aber mit diesen in der Versicherung zusammen, bedeutet das für sie schwerste Benachteiligung zu Gunsten der gewerblichen Arbeiter: also weit höhere Beiträge und geringere Leistungen.

Das aber, allein ist noch nicht entscheidend. Welt weitlicher ist nach, daß bei einer gemeinsamen Versicherung die Angestellten auf die Verzinsung und auf die weitere Ausgestaltung der Versicherung keinen Einfluß verlieren. Jetzt haben die Angestellten allein die Verzinsung, soweit der sozialdemokratische Herr Arbeitsminister nicht mit fördernden Erläuterungen die ordnungsmäßige Geschäftsführung stört, und sie haben allein die Entscheidung, wie, was natürlich sehr notwendig ist, das Gesetz und die Leistungen verbessert werden sollen. Es ist unser Gesetz und unsere Versicherung, wonach die Sozialdemokratie und die Landesversicherungsanstalten die geringen Finger ausstrecken. Nichts ist mehr unser, wenn wir das Gesetz verlieren, und wir müssen dann in der ganzen sozialen Versicherung für alle Zukunft das nehmen, was uns die Sozialdemokratie gnädigt gestillt.

Von der größten Bedeutung ist aber ferner hier noch die Verwirklichung des Vermögens, das wir dann raschlich auch verlieren würden. Jetzt könnten wir mit Unterstützung der Angestelltenversicherung unsere Angestellten heimstätten-Unterstützung effizienter gestalten und ausbauen, könnten daran arbeiten, Kleinrentenversicherungen für Arbeiter ins Leben zu rufen und könnten in der Zukunft in der größeren Stadt weitere blühende Angestelltenheimstätten-Einrichtungen schaffen, weil wir allein auf die Anlage des Vermögens Einfluß besitzen. Wir könnten auch für uns die Heilversfahrungsheimstätten gründen und ein ideales Heilversfahren einrichten. Die ganze soziale Wohlfahrtsfrage sollte bei Einrichtung der Arbeiterversicherung unserer Angestelltenversicherung in großzügiger Weise ausgebaut werden. Als diese Zukunftsbestimmungen sind zu prüfen, wenn uns unsere besondere Angestelltenversicherung genommen wird. Wer die brutale, uns doch faste Bestimmung einer sozialdemokratischen Arbeiterversicherung-Verheißung jemals auch nur im geringen Umfang kennen gelernt hat, der weiß, was die Angestellten zu erwarten haben, wenn sie dem Wohlwollen der sozialdemokratischen Arbeiter in der Gestaltung ihrer Wohlfahrtsleistungen abhängig werden.

Es wird ein schwerer Kampf werden, und es wird nicht leicht sein, diese sozialpolitischen Langfinger von unseren Käffen fernzuhalten. Aber solange wir uns wehren können, werden und müssen wir es tun. Mühsamerweise können wir von diesen Raubplänen vor den Wahlen berichten. Der D. N. B. ist parteipolitisch neutral, aber das kann und darf ihn nicht hindern, die Handlungsgeschichten zu warnen sich nicht wieder belügen zu lassen! Ueberall, wo sozialdemokratische Wahlführer erscheinen und um die Stimme der Angestellten werden, reißt man ihnen die Maske vom Gesicht und berichtet den Angestellten, daß diese schönen Reden nichts weiter sind, wie eitel Händchen, mit denen man die Raubpläne auf die Taschen der Angestellten verdecken will. Die politische Bestimmung jedes deutschen Mannes in Ehren, aber die Angestellten müssen sich bei dieser Wahl darüber im klaren sein, daß ihre geistige und wirtschaftliche Zukunft für alle Zeit vernichtet ist, wenn es den sozialdemokratischen Parteien bei der kommenden Reichstagswahl gelingt, die Mehrheit im Reichstage zu erringen.

Ein Einspruch zur Angestelltenversicherung.

Auf Antrag des Verbandsleiters Ibiel nahm der Zentralvorstand der Deutschen Volkspartei einstimmig nachstehende Entschliessung an:

Der am 18. April 1920 im Hause der preussischen Landesversammlung tagende Zentralvorstand der D. N. B. nimmt davon Kenntnis, daß das Arbeitsministerium im Begriff steht, abermals gegen den Grundgeden der Gleichberechtigung von Arbeiterkassen und Angestelltenkassen durchzuführen, daß die Nationalversammlung kurz vor Loosenschluß zwar die an sich berechtigten Forderungen der Arbeiterkassen auf die eingetretene Geldentwertung berücksichtigen soll, daß aber die von den Privatangestellten seit vielen Monaten verlangte Annullierung des Angestelltenversicherungsgesetzes an die neuen Verhältnisse unterbleiben soll. Die Versammlung teilt die berechtigten Empfindungen der Privatangestellten über diese erneute Zurücksetzung durch das Arbeitsministerium, die als ein neuer Schritt auf dem Wege zu dem von der Sozialdemokratie verfolgten Ziele einer völligen Beseitigung der Angestelltenversicherung zu bewerten ist. Die Fraktion der Deutschen Volkspartei hat durch ihren Antrag die Förderung des dringend erforderlichen Ausbaus der Angestelltenversicherung verlangt. Die Deutsche Volkspartei ist fest entschlossen, die von der Sozialdemokratie den Angestellten drohenden Gefahren ernsthaft abzuwehren und die berechtigten Forderungen der Angestellten nach einem zeitgemäßen Ausbau der Sozialversicherung in der Richtung zu fördern, daß der berechtigten Konkurrenz der Angestellten als selbständiger, unabhängiger Berufsstand anerkannt zu werden, restlos erfüllt wird.

Generalkonferenz und Gewerkschaftsdiktatur.

Am 17. und 18. April hatte der Verwaltungsrat des Gewerkschaftsbundes der Angestellten (G.D.A.) Vertreter aus allen Teilen des Reiches in Berlin versammelt. Nach einem Bericht des Bundesvorsitzenden Beckmann wurde eine Entschliessung zum politischen Generalkonferenz angenommen, aus der hervorzuheben ist:

Der G.D.A. verzweifelt nach wie vor jeden Versuch einer gemeinsamen Verfassungsänderung und fordert seine Mitglieder auf, sich zum Schutz der Verfassung und zur Schaffung und Erhaltung geordneter Zustände im Sinne allgemein staatsbürgerlicher Pflichten zu betätigen. Der Verwaltungsrat billigt einmütig die während des politischen Generalkonferenz an die Mitglieder gerichtete Aufforderung, ihre Staatsbürgerpflicht innerhalb der politischen Parteien zu erfüllen. Der G.D.A. mißbilligt die Regierung der am politischen Generalkonferenz beteiligten gewerkschaftlichen Gewerkschaften, die in einzelnen Bundesstaaten in Terrorismus ausgearbeitet ist und zu der einseitigen Zusammenlegung der Sozialversicherungs-Kommission geführt hat. Die Regierung wird aufgefordert, diesen verfassungswidrigen Zustand zu beenden und nach vor Schluß der Nationalversammlung den Reichsminister für Arbeit zu schaffen, durch den alle erwerbstätigen Kreise zur Mitarbeit am Wiederaufbau der Volkswirtschaft zu berufen sind.

In einer weiteren Entschliessung wird die Reichsregierung wiederholt aufgefordert, die Versicherungsgrenze in der Angestelltenversicherung zu befestigen und angeordnet die fortwährenden Schwundverluste eine Revision der Beiträge unter entsprechender Erhöhung der Gehaltsklassen vorzunehmen.

In weiteren Verhandlungen, die sich mit inneren Angelegenheiten beschäftigen, fanden die Vorarbeiten des Versicherungsausschusses uneingeschränkte Anerkennung.

Der 1. Mai Feiertag in Berlin.

Berlin, 23. April. (Von unserem Berliner Büro.) Die Berliner Stadtverordnetenversammlung, in der die Sozialdemokraten beider Schichten ungenügend die überwiegende Mehrheit haben, haben gestern beschlossen, den 1. Mai zum Feiertag in Berlin zu erklären. Es darf also nur Sonntagdienst gemacht werden, und in den Schulen hat der Unterricht auszufallen.

Entschliessungen über Revolutionsstreikverbot.

Berlin, 23. April. (Von unserem Berliner Büro.) In der Deutschen Tageszeitung werden heute zwei neue Entschliessungen über einen revolutionären Streikverbot veröffentlicht, an dessen Spitze Herr Cohen-Kordhausen, der in solchen Säulen ja Erfahrung hat, und Herr Kopp, der in-

offizielle Befehle der Sowjetrepublik stehen. Die Herren, die mit großen Centralitäten arbeiten, haben in der Folge der russischen Kriegsgefangenenlager Waffendepots eingerichtet und unterhalten einen Kurierdienst nach allen Seiten, insbesondere nach der Schweiz und nach Kopenhagen und bearbeiten unter verschiedenen anonymen Titeln die ausländische, aber auch die deutsche Presse. Die gleichen Informationsbüros aber verstehen die Kampforganisationen der kommunistischen Partei mit Geld und treiben einen verbotenen Rubelhandel. Die Deutsche Tageszeitung meint, es sei keine Zeit zu verlieren, Herr Kopp hätte erklärt, er hoffe vom 1. Mai an seine Tätigkeit öffentlich betreiben zu können. Die dem Herrn Kopp hat das auswärtige Amt in seiner rührenden Abnungsfähigkeit vor kurzem erst das Recht der Exterritorialität verliehen.

Ein ungeheuerlicher Beschluß.

Berlin, 23. April. (Von uns. Berl. Büro.) Der Geschäftsausschuss der Nationalversammlung beantragt die Genehmigung zur Straferfolgung der unabhängigen Abgeordneten Geyer Vater und Sohn und Braß nicht zu erteilen. Wir möchten einwenden, daß das Plenum diesen geradezu ungeheuerlichen Beschluß noch umstößt. Es geht nicht an, daß man Herrn Traub die Immunität entzieht, sie aber für einen unlaubenden Landes- und Hochverräter wie Herrn Braß sorgfältig aufrechterhält.

Reichswehr und Politik.

Erläuterung des Wahlgesetzes.

Berlin, 23. April. (Von unserem Berliner Büro.) Das Wahlgesetz ist gestern in der Nationalversammlung in zweiter Lesung erledigt worden. Bei der ersten Beratung war über den Entwurf nicht debattiert worden. Um schnelle Arbeit zu machen, schob man ihn gleich an den Ausschuss ab. Gestern war diese Aussprache dann recht ausgiebig nachgeholt worden. In der allgemeinen Erörterung beteiligte man sich im Großen und Ganzen angenehmer Kürze. Grundsätzlich war man sich bis in die Reihen der Opposition einig.

Daß in den Abstimmungsgebieten nicht gewährt werden soll, empfand man als bedenklichen Schönheitsfehler. Tatsächlich versteht die Ernennung von Abgeordneten, wie sie jetzt in diesen Bezirken vorgenommen werden wird, ja wohl auch gegen die Verfassung. Aber wie die Dinge liegen, bleibt sie das Beste. Ueber.

Interessanter als die allgemeine Aussprache gestaltete sich die Spezialdebatte. In ihr war über die Frage zu entscheiden, ob den Angehörigen der deutschen Wehrmacht nach dem Vorgang im Januar 1919 das Wahlrecht gegeben werden soll. Daß mit den Unabhängigen auch die Reichsheitssozialdemokraten darauf bestanden, war nicht weiter verwunderlich. Beide Parteien — wir haben darauf schon mehrfach hingewiesen — stehen neuerdings am gleichen Strang. Ihr Ziel ist, entstanden oder nicht, daselbe: Zertrümmerung der Koalition, sozialdemokratische Parlamentsmehrheit und reine Arbeiterregierung. Dazu kommt dann auch das politisierte Heer, das sie sich als ein rotes Heer denken.

Erstaunlicher war, daß für diese staatsverfälschende Idee sich auch ein Teil der Anwesenden unter Führung des Herrn v. Grafe anmiete für die Mehrheit der Deutschen nationaler Wähler sprach. Graf Volodowski, widersprach mit so guten und schlüssigen Gründen, daß hinterher der Reichspräsident Graf Hertler im wesentlichen ihm sich anschließen konnte. In Wahrheit müßte ein in Wahlen und Agitation geübtes Heer uns über kurz oder lang zu Zuständen führen, wie wir sie schaudern in den Republiken von Mittel- und Südamerika erlebt haben. Manche werden ohnehin meinen, daß wir sogar weit ab von solchen Zuständen auch heute schon nicht mehr sind. Dieser Zwischenfall in öffentlicher Parlamentsdebatte zeigt, wie tief die Gegensätze im deutsch-nationalen Lager nun schon gehen. Man wird gut tun, diese Entwicklung im Auge zu behalten. Wir möchten auch man, daß den Weg, den in diesen Tagen die Kardors, Dewig, Arendt gegangen sind, demnächst auch noch andere gehen werden. Man wird auf alle Fälle hier wohl noch mit weiteren Parteiveränderungen zu rechnen haben.

Das, milde ausgedrückt, unbesonnene Begehren wurde dann schließlich nach den sehr eindringlichen Ausführungen des Reichswehrministers abgelehnt. In einem demagogischen Gelehrtschrei die Rede des Grafen. Am Mittwoch war nämlich aus dem Ministerlager eine Abordnung der Marinebrigade bei ihm erschienen und hatte in Form eines Ultimatum folgende Bedingungen gestellt: Zurücknahme des Haftbefehls gegen den Korvettenkapitän Ehrhardt und Befehl des Kapitäns an der Spitze der Truppen. Herr Dr. Hertler sprach die Hoffnung aus, daß der Haftbefehl inzwischen ausgeführt worden ist. Es ist schlimm genug, daß in solcher Lage die Regierung sich auf Hoffnungen und Entwürfe verlassen muß. Wir stehen wirklich nur noch einen Schritt vor dem Abgrund.

Zum Schluß der wieder recht langen Sitzung wurde der Entwurf über die Wahl des Reichspräsidenten in zweiter und dritter Lesung endgültig verabschiedet. Der Ausschuss hatte an der Vorlage nur eine Änderung vorgenommen: Der Wahltag soll durch den Reichstag, nicht durch den Reichspräsidenten bestimmt und die Wahl nicht mit einer allgemeinen Volksabstimmung oder einer Reichstagswahl verbunden werden können. Mit dieser nützlichen Abänderung ist der Entwurf Gesetz geworden.

Sitzungsbericht.

B. S. Berlin, 22. April.

Reichspräsident Ebb eröffnet die Sitzung um 120 Uhr. Zum Bericht des Ausschusses für Berufungsvollzug über die Errichtung von Bewohnerswohnungen befragt Herr Dr. Mann (D.N.) einen Antrag, von Beihilfen aus Reichsmitteln in Bewohnerswohnungen der Exstrabau dem Kohlenbergbau abzusprechen. — Herr Dr. Hertler (Soz.) beantragt auch die Kolonnenarbeiter einzubeziehen, die Mittel aber nicht aus Reichsmitteln, sondern aus den Zustandsüberfällen zu entnehmen. Die Ausschussantwort wird mit dem Antrag überholt angenommen. Der Gesetzentwurf über Maßnahmen gegen Wohnungsmanuskript wird dem Wahnausschuss überwiesen.

Es folgt die zweite Beratung eines Entwurfes eines Reichswahlgesetzes.

Reichsminister Koch bezieht es mit großer Genauigkeit, daß der Gesetzentwurf im Ausschuss einstimmig mit geringen Änderungen angenommen worden ist, weil dadurch die Gefahr einer Verletzung des Wahlkampfes durch die Bestimmung einer öffentlichen Wahlkommunikation entfällt. Alle Redner der Versammlung sind nach nicht vernommen; aber die schwedische Rede muß nach immer tieferer Freiheit auf. Daß die Wahl denjenigen für gewählt erklärt, der über 50 000 Stimmen auf sich vereinigt, wird die Wahl vollständig gemacht. Die unrichtige Berechnung entfällt, und die Zahl der Abgeordneten steigt mit der steigenden Wahlbevölkerung. Bedauerlich ist es, daß wir noch nicht überall zu kleinen Wahlkreisen zurückkehren können. Eine Ueberprüfung der Bestimmung der Reichswahlkreise für die überzähligen Stimmen ist nicht angebracht.

Die erste Gefahr für das Abstimmungsgebiet durch die frühere Ansetzung der Reichstagswahlen dürfen wir nicht mehr verkennen. Die Wahlen in Oberösterreich und Österreich zu vertagen, scheint uns immer das geringste Übel.

Hoffen wir, daß das Treuebekenntnis zum Deutschtum in diesen Provinzen unerschütterlich bestehen bleibt. Bedauerlich ist es, daß es uns versagt wird, im Saargebiet und in Lothringen wählen zu lassen. Wir gedenken trotzdem der dortigen Brüder in Treue Schmidt-Schöten (Soz.) und Abg. Brodau (Dem.) stimmen dem Entwurf zu.

Abg. Eichhorn (U. S.) behauptet, daß durch die Wahlrechtsänderung die engen Beziehungen des Abgeordneten zu seinen Wählern beeinträchtigt werden.

Abg. Dr. Dietrich (D. N.): Den einzelnen Bestimmungen des Entwurfes können wir im wesentlichen zustimmen. Es war die Schwärze der Regierung, daß sie das Wahlgesetz nicht früher eingebracht hätte.

§ 1 des Entwurfes wird angenommen. — Zu § 2 beantragen die beiden sozialdemokratischen Fraktionen die Streichung des Paragraphen, welche den Selbstern des Wahlrechts überlassen. Abg. Schmidt-Schöten begründet den Antrag.

Abg. Gaußmann (Dem.) spricht dagegen. Bei den jetzigen Wahlen ist es etwas anderes als im vorigen Jahre, als ein Heer von neun Millionen aus dem Heere zurückkehrte. Jetzt dürfe man dem Heere, besonders nicht den Offizieren, die Erlaubnis zu politischer Agitation geben.

Abg. v. Grafe (D.N.): Keine politischen Freunde sind sich darin einig, daß die Politik nicht in das Heer hineingetragen werden darf. Ein Teil meiner Freunde hält aber heute noch daran fest. Ein anderer Teil glaubt, daß man Soldaten, die sich auf 12 Jahre verpflichten lassen, nicht von politischen Reden ausschließen darf.

Abg. Graf v. Volodowski (D.N.) hält für seine Person ein politisierendes Heer für eine Gefahr für jede Regierung. Ein politisch gebildetes Heer ist noch gefährlicher als ein politisierendes ausgebildetes Heer. Das jetzige deutsche Heer darf nur ein gebildetes Organ der vollziehenden Gewalt, d. h. der Regierung zur Aufrechterhaltung der Ordnung im Innern sein.

Reichsminister Dr. Hertler: Die Reichswehr braucht Ruhe und darum bitten wir, es bei der Regierungsvorlage zu belassen. Durch Besetzung wird in den nächsten Tagen die Wehrmacht eingeleitet werden.

Abg. Eichhorn (U. S.) beantragt, den Untersuchungsausschuss gegen das Wahlrecht zu gründen.

Abg. Kaysereisen (Soz.): Wir wollen kein politisierendes Heer, aber wir wollen es dem freien Ausdruck der öffentlichen Meinung auslösen und nicht zum blinden Werkzeug eines einzelnen machen.

Der Antrag wird abgelehnt. Weitere Paragraphen werden ohne erhebliche Änderungen angenommen.

Reichsminister Koch erklärt, daß wenn sich nicht in allerzweckmäßiger Weise stellen läßt, es wird dann die Abstimmungen in Schlesien und Ostpreußen stattfinden werden, wenn nicht der Reichstagswahl für Schlesien und Ostpreußen später angefragt werden müssen.

Der Rest des Gesetzes wird angenommen, ebenso die Anlage über die Wahlkreisbestimmung und die Wahlkreisänderung.

Die zweite Beratung des Gesetzentwurfes über die Wahl des Reichspräsidenten folgt lebhaft. Das Gesetz wird in 2. und 3. Lesung angenommen.

Wahltag morgen 23. April. Dritte Lesung des Wahlgesetzes. — Schluß nach 7 Uhr.

Baden.

Eisenbahnen und Teuerung.

Karlsruhe, 23. April. Eine vor über 2000 Personen besuchte von Verband der deutschen Verkehrsvereine einberufene Versammlung von Beamten und Arbeitern der bad. Staatseisenbahnen nahm Stellung zu der Teuerung. Die Versammlung nahm nach entsprechenden Beratungen eine Entschliessung an, in der die Forderung der Eisenbahnerorganisationen auf Erhöhung der Stundenlohn rüch riefen auf 1. April um 1,00 in allen Lohn- und Preisgruppen unterteilt wurde, ebenso die Gewährung einer abwechselnden ausreichenden Abschlagszahlung auf die Reichslohnordnungen. Für Beamte müsse ein Fortschritt auf das neue Besoldungsgesetz von 700 Mark für Arbeiterkassen und 500 Mark für Ledige gemacht werden. In einer Aussprache liegen vorgeschlagen Redner der Beamten- u. Arbeitergruppen unerschrocken durch, daß bei Nichterfüllung ihrer Forderungen man auch vor dem letzten Mittel, dem Streik nicht zurückzudenken werde.

Ein Antrag auf Abänderung des Jagdgesetzes.

Der Bezirksverband gegen Abänderung der Jagdgesetzgebung (Waldschutz-Kommission) hat beim Sonntag einen Antrag eingebracht auf Abänderung des Jagdgesetzes. Nach diesem Antrag soll das Jagdgesetz einem Ausschuss übergeben werden, der durch den Reichstag und durch die Landesparlamente gebildet wird, die Jagden an Aufwender zur Bedienung von Jagdverordnungen an schmerzhafte Aufwender verpacken zu dürfen.

Vollstreckung.

Steigerung des Kartoffelbaus in Baden.

Die dringende Not, in der sich z. B. fast sämtliche größeren Städte Badens in Bezug auf die Kartoffelversorgung ihrer Bevölkerung befinden, muß so schnell wie möglich behoben werden. Sodaschonlich solche Versorgung, wie es in diesem Jahre der Fall war, in Zukunft ausgeschlossen sein muß. Die badische Landwirtschaftskammer hat aus diesen Gründen und auch im Interesse der gesamten badischen Landwirtschaft nichts unversucht gelassen, um möglichst viel Saatgut aus herortschickenden Neuzüchtungen und sonst beschafften Kartoffelsorten nach Baden herein zu bekommen und hat auch in Berlin mit den verschiedenen großen landwirtschaftlichen Verbänden recht gute Erfolge in dieser Hinsicht zu verzeichnen. Trotz der unwillkürlichen Schwierigkeiten, die dem Eintausch der Kartoffelsorten entgegenstehen, sind vor allem Dingen von Seiten der nordbadischen Kommunalverbände sowie verschiedener Landeskammern in es gelungen, recht erhebliche Mengen Saatkartoffeln herbeizuschaffen, sodasch die Landwirtschaftskammer sogar auch noch den landwirtschaftlichen Verbänden Saatkartoffeln abgeben konnte. Von den bedeutenden Neuzüchtungen, wie Hindenburg, eine herortschickende, äußerst ertragsreiche Spätkartoffelart, sind durch die Landwirtschaftskammer 21 000 Ztr. nach Baden eingeführt worden. Von der bekannten Sorte Doodard, der Siegerin in dem Kartoffelbauwettbewerb der deutschen Landwirtschaftskammern, sind 21 000 Ztr. nach Baden gekommen. Von der Sorte Gratiosa und Aurus, beides herortschickende mittelfrühe Kartoffeln, die zu Spätsaat ganz besonders zu empfehlen sind, konnten rund 16 000 Ztr. beschafft werden. Außerdem kamen etwa 20 000 Zentner Frühkartoffeln, wie Kaiserkrone, Theles Kautz, Bäcker Frühste, Dabel Besto, Obermünder Blau, Frühe Rosen und Frühe Nordstern durch die Vermittlung der Landwirtschaftskammer nach Baden. Die Landwirtschaftskammer ist es auch gelungen, mit dem bekannten Kartoffelzüchter Frühherz von Ramedt und dem Frühkartoffelzüchter Mittergüßler Theles-Rudolfsnische Verträge abzuschließen für die Dauer von mehreren Jahren zwecks Lieferung von Original-Pflanzgut und L. anerkannter Saatgut dieser herortschickenden Sorten wird die Kartoffelernte in Baden zweifelslos ganz bedeutend gehoben werden. Sodasch schon im kommenden Herbst günstige Witterung vorausgesetzt, mit einer weit ausgedehnten Lieferung der Saat zu rechnen ist. Außerdem daß die Landwirtschaftskammer noch eine Beratungsstelle für Kartoffelbau einrichtet, die jedermann unentgeltlich zur Verfügung steht. Auf weiteren Klärung der Sortenfrage und Steigerung der Kartoffelproduktion werden in diesem Jahre in sämtlichen Amtsbezirken Badens Kartoffelbauversuche mit 9 verschiedenen Sorten durchgeführt.

Letzte Meldungen.

Das französisch-englische Schiffsahrts-Abkommen.

Paris, 22. April. (B.B.) Nach dem heute vormittag in London unterzeichneten Abkommen über die deutsche Handelsstange tritt, wie der Temps meldet, England die ganze Handelsstange, die Frankreich verwaltet, ab. Die Handelsstange, die über 250 000 Tonnen drausgeht, wird von Frankreich durch Verrechnung auf das Rückergutmachungskonto bezahlt.

Handel und Industrie.

Zahlung der Kriegsabgabe mit Kriegsanleihe.

Ein Heidelberger Leser unseres Blattes schreibt uns: Der Manheimer General-Anzeiger vom 19. April enthält die Mitteilung, daß bei Zahlung der Kriegsabgaben laut Gesetz über eine außerordentliche Kriegsabgabe für das Rechnungsjahr 1919 vom 10. 9. 1919 und laut Gesetz über eine Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs vom 10. 9. 1919, die zur Zahlung der einzelnen Steuerarten bestimmten Stücke getrennt und je mit einem besonderen Antragsformular eingereicht werden müssen...

Bei der bisher bezahlten Kriegssteuer machte dieser Umstand dem Steuerzahler keine Schwierigkeiten, weil die Zeichnungs- bzw. Zahlungsstellen, wie auch die Annahmestellen bereitwillig große Stücke in kleine tauschten. Bei der neuen Steuerzahlung für die beiden obengenannten Abgaben würden die betreffenden Banken — wenn sie überhaupt mitzutauschen in der Lage sind — unnötigerweise mit Mehrarbeit belastet, und der Steuerpflichtige wäre zur Einholung von noch mehr Bescheinigungen genötigt...

Auf der Annahmestelle der Badischen Bank kann ja ein Antrag angebracht werden, in welche Teilbeträge der ausmachende Betrag auf die einzelnen Steuern zu zerlegen ist. Man erleichtere doch die Zahlungsmöglichkeit für die Kriegssteuer durch Kriegsanleihen, damit möglichst viele dieser Steuerzuschüsse durch Kriegsanleihen bedient werden können. Ich komme deshalb zum Schluß: die Handelskammer wolle bei der Zoll- und Steuerdirektion in Karlsruhe oder bei sonst zuständigen Stelle beantragen, daß die Zahlung der beiden Steuern und auch des Reichsnotopfers auf Wunsch des Steuerpflichtigen mit einer Hingabe von Kriegsanleihestücken bei den Annahmestellen geleistet werden könne, in Anbetracht dessen, daß es sich um gleiche Gläubiger, gleiche Schuldner und Gesetze gleicher Art handelt...

Frankfurter Abendbörse.

w. Frankfurt, 22. April. (Draht.) Bei ziemlich lebhaftem Geschäft trat eine ansehnliche Kursbesserung am Montan- und Elektromarkt hervor. Schantungbahn blieb stark gesucht, Lombarden schwächer. Canada bei großen Umsätzen 1000. Petroleumwerte fanden weiter Beachtung. Straus Romana um 20% gesteigert, 1600. Deutsche Petroleum 736. Kolonialpapiere weiter anziehend. Das Hauptgeschäft war in Südsee-Phosphat, 3800—3850. Kolonialanteile 7500. Auch Otawaminen lagen fest. Zellstoff Waldhof gewann an Rückkäufe 9 1/2%. Armaturen Hilpert plus 7%. Rumänen wurden rege umgesetzt bei höheren Kursen.

Mannheimer Effektenbörse.

Mannheim, 22. April. Bei lebhafter Tendenz wurden gehandelt: Aktien des Vereins chemischer Fabriken zu 570%, Mannheimer Versicherungs-Aktien zu 1350. Benz zu 305% und Württemb. Transport-Versicherungs-Aktien zu 810. pro Stück. Auch Badische Assekuranz-Aktien gefragt zu 1900. ferner Brauerei Eichbaum-Aktien zu 135%.

Wirtschaftliche Rundschau.

Ueber 12 Milliarden Giroverkehr der Reichsbankhauptstelle Mannheim.

Im Jahre 1919 zeigte laut dem nunmehr uns zugegangenen Jahresbericht der Reichsbank für 1919 der Giroverkehr der Mannheimer Reichsbankhauptstelle folgendes Bild: Girobestand am 31. Dezember 1919: 33.967 Mill. M. (zum Jahresbeginn 1. Januar 1919: 95.99 Mill. M. — Zahl der Kontoinhaber 486 (473). — Auf Girokonto sind vereinnahmt insgesamt M. 12.187 Milliarden (i. V. 7,6 Milliarden). Sie zerfallen in 617 Millionen durch 9475 Barzahlungen, 415 Milliarden durch 20.827 Verrechnungen mit Kontoinhabern, 4,22 Milliarden durch 121.704 Platzübertragungen und 3,19 Milliarden durch 137.891 Übertragungen von anderen Banken. Vorausgabte wurden auf Girokonto insgesamt 12.249 Milliarden (i. V. 7,58 Milliarden).

Sie gliedern sich wie folgt: durch 17.631 Barzahlungen 859 Millionen, durch 12.572 Verrechnungen mit den Kontoinhabern 4,718 Milliarden, durch 85.929 Platzübertragungen 4,221 Milliarden, durch 109.272 Übertragungen nach anderen Bankanstalten 2,450 Milliarden Mark. — Bei den Giroübertragungen betrug der Zugang insgesamt 2,794 Milliarden, der Abgang 3,19 Milliarden Mark.

Die Reichsbankstelle Ludwigshafen hatte an Einnahmen auf Girokonto insgesamt M. 7,194 Milliarden, an Ausgaben 7,22 Milliarden. Der Zugang in Giroübertragungen war 1,466 Milliarden, der Abgang M. 1,58 Milliarden.

Chemische Fabrik Rhenania in Aachen — Verein chemischer Fabriken Mannheim.

In Verbindung mit der gemeindeten Übernahme des Vereins chemischer Fabriken in Mannheim wird eine Erhöhung des Aktienkapitals der Chemischen Fabrik Rhenania in Aachen um 24 auf 36 Millionen M. vorgenommen.

Schnellpressenfabrik Frankenthal Albert u. Cie. Akt.-Ges. Frankenthal (Pfalz).

In der am 21. April 1920 stattgehabten außerordentlichen Generalversammlung wurde, vorbehaltlich der erforderlichen behördlichen Genehmigung, beschlossen, das Grundkapital um 4.100.000 M. auf insgesamt 6.600.000 M. zu erhöhen. Es geschieht dies durch Ausgabe von 3500 neuen Stammaktien von je 1000 M. Nennwert und 600 Vorzugsaktien von je 1000 M. Nennwert, die mit zehnfachem Stimmrecht ausgestattet, aber auf 7% Vorzugsdividende ohne Nachzahlungsverpflichtung der Gesellschaft beschränkt sind. Ein Bankkonsortium wird nach erfolgter behördlicher Genehmigung den alten Aktionären auf je eine alte Aktie eine neue Aktie zum Kurs von 112% anbieten. — Es wurde fernerhin die Ausgabe einer 3 1/2%igen Schuldverschreibungsanleihe in Höhe von 5 Millionen M. beschlossen, rückzahlbar mit 3% Aufgeld innerhalb 39 Jahren. Des weiteren wurden verschiedene Paragraphen der Statuten gemäß den Anträgen der Verwaltung geändert.

Deutsche Schiffsandriefabrik A.-G. Berlin.

Das verlossene Geschäftsjahr brachte der Bank eine umfangreiche Betätigungsmöglichkeit. Auch in der Binnenschifffahrt führten die zum Teil recht günstigen Frachten zu zahlreichen Aufkäufen von Schiffsfahrten aller Art. Der Gesamtbeitrag der im verlossenen Geschäftsjahre abgeschlossenen Schiffsdarlehen betrug 19.946.100 M. Hiervon entfallen auf Beleihungen auf Seeschiffe 17.879.100 M., Beleihungen auf Binnenschiffe 2.067.000 M. Bis zum 31. Dezember 1918 waren vor dem abgeschlossenen Darlehen ausbezahlt worden 288.270 M. Der Bestand an Darlehensforderungen betrug am Schlusse des Berichtsjahres 14.636.497 M. An Schiffsandriefabrik ist die erste Serie von 10 Mill. M. gegeben und die zweite zum gleichen Betrag (10%) vom 1. Juli ab in der Begebung. Der Betrag der am Schlusse des Berichtsjahres abgesetzten Schiffsandriefabrik belief sich auf insgesamt 11.150.000 M. Der Jahresabschluss weist einen Reingewinn von 160.413,97 M. auf, woraus 5% Dividende verteilt werden.

In der Bilanz sind verzeichnet Schiffsandriefabrik mit 14.636.497 M., Debitoren mit 1.299.678 M., denen die erwähnten Schiffsandriefabrik mit 11.150.000 M. und an Kreditoren 2.233.226 Mark gegenüberstehen.

Umstellung eines Unternehmens. Weinheim, 22. April. Die kürzlich stillgelegten Hildebrandtschen Mühlenwerke sind auf längere Zeit pachtwise von der Badischen Haferpräparate und Grünkernfabrik G. m. b. H. übernommen worden. Diese Firma, die auch in Mörchingen, Kempen (Allgäu) und Wieblingen größere Werke unterhält, beabsichtigt, hier in größerem Maßstabe Haferpräparate, Suppeninlagen u. dergl. herzustellen.

Verkauf der klassischen Zuckerraffinerie. Die schon vor längerer Zeit in Aussicht gestellte Liquidation der klassischen Zuckerraffinerie ist nunmehr Tatsache geworden. Das Unternehmen — das einzige dieser Art in ganz Elsaß-Lothringen — wird übernommen werden von einer elsaß-belgischen-belgischen Gesellschaft unter Leitung des Raffinerie-Tirlemontoise in Tirlemont (Belgien). Das Kapital der bisherigen Gesellschaft (A.-G.), das 1 Million betrug, soll auf 3 Millionen erhöht werden.

Braunschweiger Garnbörse. Die Garnbörse, die für Mitte März geplant war, findet vom 28. bis 30. April in Braunschweig statt. Es werden etwa 1000 Vertreter der Baumwollindustrie und des Großhandels zum Besuch der Garnversteigerung erwartet.

Neueste Drahtberichte.

Reichs Einkommensteuer und Abzug am Arbeitslohn.

Berlin, 23. April. (Eig. Draht.) Nach § 45 des Reichseinkommensteuergesetzes vom 29. März 1920 hat der Arbeitgeber nach näherer Verordnung des Reichsministers der Finanzen bei der Lohnzahlung 10% des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitnehmers einzubehalten und für den einbehaltenen Betrag Steuermarken einzukleben. Diese Vorschrift, die ursprünglich am 1. 4. in Kraft treten sollte, ist jedoch bis jetzt tatsächlich noch nicht in Kraft getreten, da der Reichsminister der Finanzen von dem ihm zustehenden Recht zur Bestimmung des Tages noch keinen Gebrauch gemacht hat. Der Zeitpunkt, von dem ab dieser Lohnabzug stattzufinden hat, wird daher noch festgesetzt werden. Vor diesem Zeitpunkt hat aber auch ein Lohnabzug noch nicht stattzufinden, denn es ist ausgeschlossen, daß den Vorschriften über den Abzug des Arbeitslohnes rückwirkende Kraft verliehen wird. Die in der Öffentlichkeit genannten Termine sind ganz

willkürlich getroffen, insbesondere ist die Behauptung, daß der 15. September hierfür in Aussicht genommen sei, unzutreffend.

Anleihe der Stadt Koblenz in Amerika?

Berlin, 23. April. (Eig. Draht.) Wegen Begebung einer neuen Anleihe der Stadt Koblenz von 50.000.000 M. finden gegenwärtig auch in den Vereinigten Staaten aussichtsreiche Verhandlungen statt. Außerdem liegt ein festes Angebot einer deutsch-amerikanischen Firma in Berlin vor.

Der Jahresabschluss der Oberschlesischen Eisenbahnindustrie A.-G.

w. Berlin, 22. April. (Draht.) Der Jahresabschluss der Oberschlesischen Eisenbahnindustrie A.-G. für Bergbau und Hüttenbetrieb in Gleiwitz i. OS. weist als Bruttogewinn M. 16.358.910 (i. V. 13.708.277) und einen Nettogewinn von M. 12.830.955 (i. V. 10.827.982) auf. Der Aufsichtsrat beschloß, M. 7.800.000 (i. V. 5.800.000) auf Anlagekonto abzuschreiben und eine Dividende von wiederum 14% vorzuschlagen. 600.000 M. (wie im Vorjahr) sollen für die Talonsteuerreserve, 150.000 M. wieder für Wohltätigkeitszwecke zurückgestellt werden. Als Vortrag auf neue Rechnung verbleiben 672.357 M. (i. V. 669.684). In der Aufsichtsratsitzung wurde über eine starke Beschäftigung berichtet. Ferner wurde beschlossen, der auf den 27. Mai einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen, das Aktienkapital um 12 Mill. auf 50 Mill. M. zu erhöhen. Die neuen Aktien, die vom 1. Januar 1920 dividendenberechtigt sind, werden den Aktionären im Verhältnis von 1 1/2 zum Kurs von 125% angeboten. Dieses Bezugsrecht erfordert 9 1/2 Millionen M. neuer Aktien, während der Rest von 2 1/2 Mill. M. eine andere Verwendung finden wird. Die Generalversammlung wird auch über die Fusion mit der Eisenschütte Sillesia, deren Aktien über die Mehrzahl die Oberschlesische Eisenindustrie besitzt, zu befinden haben.

Kapitalerhöhung beim Bochumer Gußstahlverein.

TBO. Bochum, 22. April. In der a.-o. Hauptversammlung wurde die Erhöhung des Aktienkapitals um 13 Mill. M. auf 70 Mill. M. durch Ausgabe von 13.000 Aktien über je 1000 M. mit Gewinnberechtigung vom 1. Juni 1919 ab, sowie die weitere Erhöhung um höchstens 10 Mill. M. auf höchstens 80 Mill. M. durch Ausgabe weiterer Aktien von je 1000 M. genehmigt. Wenn von der zweiten Erhöhung des Kapitals von 70 auf 80 Mill. M. Gebrauch gemacht werden wird, hängt ganz von der Entwicklung der Verhältnisse ab. Die 13 Millionen neuen Aktien sollen zum Mindestkurs von 150% begeben werden. 9,5 Mill. M. dieser Aktien sind den alten Aktionären in der Weise anzubieten, daß auf 6000 M. eine neue Aktie entfällt, während 3,5 Mill. M. nach den von der Gesellschaft noch vorzuschreibenden Bedingungen verwertet werden sollen. Für die weiteren 10 Mill. M. Aktien werden Mindestkurs und Ausgabebedingungen noch von der Verwaltung festgesetzt werden. — Um einer Ueberforderung des Aktienkapitals vorzubeugen, wurde eine Satzungsänderung dahingehend beschlossen, daß in Zukunft auf je 100 M. Aktienkapital ein Stimmrecht entfällt, jedoch mit der Maßgabe, daß die Höchstzahl der Stimmen 750 nicht überschreiten darf.

Wasserstandsbeobachtungen im Monat April.

Table with columns: Pegelstation vom Rhein, Datum, Bemerkungen. Rows include Schwanau, Kehl, Mannheim, etc.

Wetterausichten für mehrere Tage im voraus.

Unbestimmter Nachdruck wird gerichtlich verfolgt. 24. April: Wolkig, ziemlich kühl, stichweis Regen. 25. April: Wolkig, teils Regen, ziemlich warm. Sehr windig. 26. April: Weilt heiter, normal temperiert. 27. April: Heiter, angenehm. 28. April: Heiter, angenehm, später wolkig. 29. April: Wolkig, teils Sonne, Regenschauer, ziemlich warm. 30. April: Bewölkt, warm. 1. Mai: Wolkig, angenehm.

Witterungsbericht.

Table with columns: Datum, Barometerstand morgens 7 Uhr mm, Temperatur morgens 7 Uhr Grad C, Tiefste Temp. in der Nacht Grad C, Niederschlag Liter auf den qm, Höchste Temp. des Tages Grad C, Wind, Bewölkung.

Verantwortlich für Inhalt: Dr. Fritz Goldenbaum.

H. Walders; für Vorkauf und des übrigen redaktionellen Teil: Richard Schönlender; für Anzeigen: Dr. A. Wind; für Anzeigen: Karl Hügel. Druck und Verlag: Druckerei Dr. Haus, Manheimer General-Anzeiger G. m. b. H., Mannheim, E. G. L.

Ämliche Veröffentlichungen der Stadtgemeinde.

Samstag, 24. April gelten folgende Marken: 1. Für die Verbraucher: Fett: Margarine 1/4 Pfund zu M. 3,75 bis neue Fettmarken 1 in den Verkaufsstellen 730-782 und 855-920. Mehl: 1/2 Pfund zu M. 1,10 bis Buttermarken 102 in den Verkaufsstellen 1-84 und 98. Speise-Öl: 1/2 Liter zu M. 2,40 für die Kolonialwarenmarken 8 in den Verkaufsstellen 601-770. Brot: Für je 750 Gramm die Brotmarken 1-4. Roggen- oder Weizenmehl: Für je 1/2 Liter die Marken 1. Kond. Milch: 1 Liter zu M. 7,50 die Milchmarkenmarken 15 in den Verkaufsstellen 1-1958. Die Verkaufsstellen haben die Marken 15 von den Milchmarkenmarken abzutrennen und bis spätestens 3. Mai h. in dem Lebensmittelamt Zimmer 20, geprüft und gebündelt abzugeben. Die übrig bleibenden Dosen Kondens. Milch sind an das Lebensmittelamt zurückzugeben. Fett: 200 Gramm Fettmarken zu M. 2,30. Salz: Zu den aufgedruckten Preisen markentreu in den Apotheken und Drogerien. Hälften: Aufgebundene an Erbsen und Bohren zu M. 4,20 das Pfund markentreu in den Kolonialwarenverkaufsstellen 1-1958. 1. Für die Verkaufsstellen: Zur Abgabe sind bereit: Fett: Margarine 1/4 Pfund zu M. 3,75 für die Verkaufsstellen 921-1958 im Verkaufslager Q 2, 5 am Samstag, den 24. April, von 9-3 Uhr. Ruamsen, Körbe und möglichst schnell als Bezahlung mitbringen. Speise-Öl: 1/2 Liter. Verkaufspreis M. 2,40 für die Kolonialwarenverkaufsstellen 901-1958. Aufgebundene und salzlos gegen Kassenschein am Samstag, den 24. h. von 8-12 Uhr bei der H. Georg Jakob. Gefährlicher: Marke 64. Behälter sind mitzubringen. Gedultetes Lebensmittel, C 1, 16/18.

Öffentliche Versteigerung.

Gem. § 371 H.-G.-B. Montag, den 26. April 1920, mittags 12 Uhr, werde ich im Bärenhof hier gegen bare Zahlung öffentlich versteigern:

250 Zentner Erbsen. Höheres beim Termin. Mannheim, den 21. April 1920. Brandt, Gerichtsschlichter.

Öffentliche Versteigerung.

Montag, den 26. April 1920, vormittags 11 1/2 Uhr werde ich im der hiesigen Börse E 4, gemäß § 373 H.-G.-B. öffentlich versteigern.

300 Ztr. gelbe Inlanderbsen. Höheres im Termin. Mannheim, 22. April 1920. Harotake, Gerichtsschlichter.

Billig! Billig!

Günstige Gelegenheit für Auto-Händler und Vulkanisieranstalten.

Mehrere Waggon Autodecken

auf Lager sind gebraucht aber gut erhalten, alle Dimensionen vorhanden. Mittermüller, Ludwigshafen, Priessenthal, merstr. 47. Jagd: Speidteur Schulz. *2510

Öffentliche Versteigerung.

Gem. § 373 H.-G.-B. Montag, den 26. April 1920, mittags 12 Uhr, werde ich im Bärenhof hier, öffentlich versteigern:

2 Waggon Hafer-Futtermehl. Höppl, Gerichtsschlichter.

Bekanntmachung.

Durch Beschluß der Gesellschafterversammlung vom 17. August 1918, ist die Firma M. Masius G. m. b. H. in Mannheim aufgelöst worden und in Liquidation getreten. Die Gläubiger der Gesellschaft werden aufgefordert, sich bei derselben zu melden. 3284 Mannheim, den 22. April 1920.

M. Masius G. m. b. H. i. L. Der Liquidator: E. Fleck.

Kauf — Beteiligung oder Filiale

sucht selbständig gewählter Raumdm., Rückzahlung mit 100 Wille. Gest. ausführlich Angebote unter J. T. 04 an die Geschäftsstelle. *2513

Todes-Anzeige.

Es war Gottes Wille, unsere innigstgeliebte, treuversorgende Mutter, Schwiegermutter und Großmutter 3384

Frau Sophie Milli

geb. Weiss — Zollbeamten-Witwe nach langem, mit schwerer Geduld ertragenem Leiden im Alter von 65 Jahren von uns zu nehmen. MANNHEIM, Liebigstr. 14, den 22. April 1920. Friedrich Milli, Sophie Holzschuh, geb. Milli, Rudolf Milli, Emil Holzschuh, Elise Milli, Marie Milli, geb. Kissel.

Die Beerdigung findet Samstag nachmittags 1 Uhr, von der Friedhofkapelle aus statt.

Auto-Versteigerung.

Am Samstag, den 24. April, nachmittags 3 Uhr, versteigere ich Q 3, 2/3

1 Auto

4-5ylg., 8-10 PS mit Gummi, sehr schön 3291 W. Arnold, Auctionator und Taxator Q 3, 4, Telefon 6219.

Judaistische Gemeinde.

In der Haupttagung: Freitag, den 23. April, abends 7.15 Uhr Samstag, den 24. April, morgens 8.30 Uhr Samstag, den 24. April, nachmittags 2.15 Uhr Jugendtagung mit Schiffsfahrt. Samstag, den 24. April, abends 8.15 Uhr

In den Wochentagen: Morgens 7 Uhr — Abends 6 1/2 Uhr.

Im der Gläubigtagung: Freitag, den 23. April, abends 7.30 Uhr Samstag, den 24. April, morgens 8 Uhr Samstag, den 24. April, abends 8.15 Uhr

In den Wochentagen: Morgens 6.30 Uhr. — Abends 6.30 Uhr.

„Durlacher Hof“ P 5, 2/3

Eröffnung der neu hergerichteten Wirtschaftsräume

Samstag, 24. April, nachm. 5 Uhr

Chr. Stiegler, Wächter.

National-Theater.
Freitag, den 23. April 1920.
10. Volks-Vorst. (früh. Vorst. zu Einheitspreisen.)
Der Wildschütz
aber
Die Stimme der Natur
König 7 Uhr. 36 Ende nach 10 Uhr.
Künstlertheater „Apollo“
Heute Freitag abend 8 Uhr
Hauptentscheidungs-Kämpfe
und zwar:
Entscheidungskampf Leicht-Goldstein
Entscheidungskämpfe v. d. Hoyd - Lechlotner
Sauerer - Brunwald u. Landau - Christiansen.



Seckenheim.
Sonntag, den 25. April 1920,
nachmittags 3 Uhr 5329
Pferde-Rennen
7 Flach-, Trab- und Hürden-Rennen.
Konzert auf dem Rennplatz.
Elektr. Strassenbahnhaltestelle Neu-Ostheim.



Ab heute
der letzte Film mit
Albert Bassermann
Das Werk seines Lebens!
sowie das übrige
Beiprogramm.
Ab heute Beginn
4 Uhr. 5320

Freiwillige Feuerwehr
Mannheim.
Die regelmäßigen Übungen nehmen ihren Anfang.
Die Mannschaften der 1., 2. u. 3. Komp. haben pünktlich und vollständig zu einer
Übung
Montag, den 26. April, abends 7 Uhr
an ihren Spritzenhäusern angetreten.
Mannheim, 19. April 1920
Das Kommando.
Blas- und Streichorchester
sucht noch jüngere Leute zur Ausbildung. In-strumente werden freigegeben. Angeb. unter F. O. 10 a. h. Geschäftsstelle.
Achten Sie auf
Pianos
L. Spiegel & Sohn
Heidelbergerstr., 0 7. 9.

Niemals

ist von dem Mannheimer Kinopublikum ein Film so schnellst erwartet worden, wie der zweite Kolossal-Film aus dem gigantischen Abenteuer-Zyklus
„Die Spinnen“
Das Brillantenschiff
Ein halbes Jahr schon wartet jeder mit riesenhafter Spannung auf das Erscheinen desselben. Endlich ist der Tag da, an dem in Mannheim seine Erst-Aufführung vor sich geht.
Heute
erlebt Mannheim die grosse Ueberraschung! — Die neuesten, direkt phänomenalen Abenteuer des tollkühnen Weltbummlers **KAY HOOG** im Kampf mit dem Geheimbund
„Die Spinnen“
sind zu einem Film zusammengefasst, der jeden anderen Sensations-, Abenteuer-, Wild-West etc.-Film glatt in den Schatten stellt.
„Der goldene See“ war sehr gut!
„Das Brillantenschiff“ ist hundertmal besser.
6 ganz gewaltige Abteilungen 6
führen uns nach Amerika, China, Asien und Europa und enthalten derartige Sensationen, dass man von einem Staunen in das andere fällt. 5304
Jeder wird aufs Aeusserste begeistert sein!
In der Hauptrolle: Carl de Vogt als Kay Hoog und Ressel Orla als Lio Sha.
Trotz der enormen Unkosten keine erhöhten Eintrittspreise.

Palast THEATER!
Das grosse Doppel-Programm!
10 Akte
Sklaven des Kapitals
Drama in 5 Akten 5392
mit **KÄTHE HAACK** und **HEINRICH SCHROTH**.
Der letzte Hohenhaus
Drama in 5 Akten
mit **MARGARETHE NEFF** und **LEO PEUCKERT**.
Anfang 4 Uhr.
Sonntags 2 Uhr

Drucksachen für die gesamte Leder- und Papier-Industrie liefert schnell
Druckerei Dr. Haas, G. m. b. H., E 6, 2

Matratzen und Diwan werden bill. aufgearbeitet.
Fertig. 5321
K 3, 10, Hinterhaus.



Kammer-Lichtspiele, D2, 6
Planken — Nächst Paradeplatz — Tel. 987
Ab heute 1. Fortsetzung:
JUDEX
II. Teil.
Ein Abenteuer-Roman in 4 Teilen (12 Episoden in 25 Akten)
Heute 3. Episode: Die phantastische Meute
4. Episode: Der leere Sarg
Es folgen noch nachstehende Episoden:
5. Die unheimliche Mühle. 6. Die Aankunft „Vertins“.
7. Die Dame in Trauer. 8. Die Keller des Roten Schlosses.
9. Das Erwachen. 10. Wenn das Herz spricht.
11. Die Nixe. 12. Der Sieg der Liebe.
HAUPTDARSTELLER:
Bankier Favraux (Satanas) Herr Leubas
Helene, seine Tochter
Peter Kerjean, ein Abenteurer
Robert Kerjean, genannt Morales, sein Sohn
Diana Monti, eine Abenteurerin Irma Vep
Pindig, Privat-Detektiv Fridolin Meyer
Bubi, ein Großstadtkind.
Die Handlung dieses Bildes ist erstklassig und die Spannung steigert sich von Akt zu Akt, sodaß die Besucher keinen Augenblick zur Ruhe kommen. Es versäume niemand, sich diesen Film anzusehen, da noch zwei Fortsetzungen folgen.
Eine Demimonde-Heirat
das Schicksal einer Ehe in 4 Akten.
In der Hauptrolle die beliebte Künstlerin **Lya Mara**.
Im eigenen Interesse empfiehlt es sich, die Mittags-Vorstellungen berücksichtigen zu wollen.
Täglich Anfang 3 Uhr. — Sonntags 2 Uhr.

Verein für Naturkunde.
Lichtbilder- und Film-Vortrag
des Herrn Prof. W. Föhner über:
Der Mensch zur Eiszeit.
Näheres durch Rundschreiben. 5306

Hüte in einfach und fein zu müßigen Preisen.
Umforme und Änderung nach neuesten Modellen.
L. Scheuer, Demenprutz, Seckenheimerstraße 45.

Inhaber: 523
Eberhard Meyer
Göllstr. 12, Mannheim Tel. 12118
Bürozeiten von 9 bis 4 Uhr
Beseitigt Ungeziefer jeder Art und weitgehender Quarantäne, Spezialist i. radikaler Wanzen-Ausrottung. — 20jähr. prax. Erfahrung. Aeltest., größtes und lebensfähigstes Unternehmen am Platze.
Kontrolliert vieler städt. und städtischer Behörden.



Schauburg

Die moderne Teintfarbe
Eudermas Massage-Creme
Preis per Dose 12. — Mk. 1200
Zu haben in allen einschlägigen Geschäften.
Eudermas-Hautcreme-Fabrik, Königswinter 1.

Zu verkaufen:
1 National-Registrier-Kasse Modell 442 x,
wenig gebraucht, so gut wie neu, Preisensange-
biete mit Preisangabe unter O. D. 129
an die Geschäftsstelle dieses Blattes.
Führen
werden angenommen o-
nach vorhergeh. 2305
Jakob Dör
J 3, 14